Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38, u. in den Nebenannahmestellen v. Vorm. 8 bis 3 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11-½1 Uhr Mittags.
Anzeigentarif. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf., Ankündigungen aus der Privatseite Zeile 20 Pf.; Doppelzeile „unterm Strich" (eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 20 Pf. (für Familiennachrichten 2c.) bez. 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblatter werd. m. 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß: **Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.**
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

44. Jahrgang.

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden, Altmarkt 2.**

(D. R.-P.)
Thüre zu!
Vollkommenster, selbstthätiger geräuschloser
Thürschliesser.
80,000 St. im Gebrauch.
Prospecte gratis u. franco.
Curt Heinsius,
Königl. Sächs. Hoflieferant,
Dresden-N.,
Kurfürstenstr., Ecke Tieckstr.
(Fernsprechamt II, Nr. 2106.)

Atelier für feine **Corsets** nach Maass.
Grosses Lager von Paris und Brüssel.
Heinrich Plaul Hoflieferant Wallstr. 25

Reise-Artikel!
Damentaschen, Photographie-Albums, Portef.-Waaren
empfiehlt in reichster Auswahl
Bernhard Rüdiger
Wilsdruffer Strasse 3.

WEIN-Handlung -Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath Wallstr. 8

L. Weidig. Neuheiten elegant garnirter Damenhüte in jeder Preislage.
Wegen vorgerückter Saison **ganz bedeutende Preisermässigung.** Waisenhausstrasse No. 34.

Nr. 184. Spiegel: Zur inneren Lage. Hofnachrichten, Konfessionswechsel, Gesammtrathssitzung, Maurerstreik, Gerichtsverhandlungen. | Muthmaßliche Witterung: Veränderlich. | **Mittwoch, 5. Juli 1899.**

Für die Bade- u. Reisezeit.

Die geehrten **Leser** der „Dresdner Nachrichten", welche unser Blatt durch die **hiesige Geschäftsstelle** beziehen und dessen Nachsendung nach den **Sommer-Aufenthaltsorten** wünschen, wollen der unterzeichneten Geschäftsstelle **rechtzeitig** darüber Mittheilung zugehen lassen behufs **Ueberweisung** bezw. Zustellung durch die Kaiserliche Post. Dem Ueberweisungsantrage ist **deutliche Namens-, Orts- und Wohnungsangabe** beizufügen, auch ist die erforderliche **Ueberweisungsgebühr** (im 1. Monat des Vierteljahres 60 Pf., im 2. Monat 40 Pf. und im 3. Monat 20 Pf.) nebst etwa noch zu entrichtender Bezugsgebühr **vor der Abreise** an uns einzuschicken. Die Ueberweisungen verstehen sich **nur postlagernd;** für Zustellung der Zeitung bis in die Wohnung ist eine besondere Gebühr an die Post am Bestimmungsorte zu zahlen.

Die werthen Leser, welche die „Dresdner Nachrichten" **durch die Post empfangen,** wollen dagegen sich in gleicher Angelegenheit nur an das **Postamt ihres Wohnortes** wenden, bei welchem ihre laufende Bestellung erfolgt ist. Ueberweisungen innerhalb des deutschen Reichsgebietes werden seitens der Postämter gegen eine Gebühr von 50 Pf., im Verkehr mit Oesterreich und fremden Ländern gegen eine solche von 1 Mark ausgeführt.

Für Diejenigen, welche die „Dresdner Nachrichten" täglich auf Reisen zu lesen wünschen, aber ihren Aufenthaltsort häufig wechseln, sind besondere **Reise-Kreuzbandsendungen** eingerichtet. Die geehrten Reisenden erhalten die „Dresdner Nachrichten"

für 8 Pfennige täglich

nach jedem Orte im Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn unter Kreuzband (bis zu 100 Gramm) nachgesandt, wenn vor der Abreise die Bestellung unter Angabe der nöthigen Aufschriften bei unterzeichneter Geschäftsstelle erfolgt. Nach den Ländern des Weltpostvereins kostet die gleiche tägliche Versendung **13 Pfennige.**

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten"
Marienstraße 38.

Zur inneren Lage.

Der Schwerpunkt der gegenwärtigen innerpolitischen Lage liegt im preußischen Abgeordnetenhause, das über das Schicksal der Kanalvorlage und damit, wie vielfach angenommen wird, zugleich über sein eigenes entscheiden soll. Wie diese Entscheidung ausfallen wird, bleibt nach wie vor ungewiß, und zur Zeit vermögen wohl selbst nicht Diejenigen, von deren Entschließungen die weitere Entwickelung abhängt, auch nur mit annähernder Sicherheit die beiden wichtigsten Fragen zu beantworten, ob für die Kanalvorlage eine Mehrheit zu Stande kommen wird oder ob im Falle der Ablehnung die Auflösung zu erwarten ist. Das Abgeordnetenhaus hat sich auf vier Wochen vertagt und daher dauert die kritische Spannung, welche die Situation beherrscht, fort. Man darf sich nicht wundern, daß die völlige Unklarheit und Ungewißheit der Verhältnisse Denen, die den absoluten Mangel positiver Grundlagen durch mehr oder weniger phantasievolle Kombinationen zu ersetzen wissen, reichen Stoff zu abenteuerlichen Zukunftgebilden liefert. Das ist immer so gewesen, wenn, wie ja augenblicklich wieder, diejenigen Eigenthümlichkeiten, welche die neuen, neuesten und allerneuesten Kurse charakterisiren, das Verworrene, Widerspruchsvolle, Nervöse und Unberechenbare, in besonders drastischen Formen zur Erscheinung kommen. In den Augen der Politiker, die sich wieder einmal eine Regierungskrisis konstruiren, weil sie alle diejenigen Eigenschaften vermissen, die eine Regierung, wenn sie noch als solche angesehen werden will, bethätigen müßte, sitzt keiner von den Ministern mehr fest, die bei der Kanalvorlage irgendwie engagirt sind, weder der Reichskanzler Fürst Hohenlohe noch der Vicepräsident des preußischen Ministeriums, Finanzminister v. Miquel, weder Herr von Thielen noch Herr v. Hammerstein und wie die di minorum gentium sonst noch heißen mögen. Und für Jeden ist schon ein Nachfolger erkoren; nur hat diese Sorte von Ministerkandidaten, die vor einer angeblichen Regierungskrisis in der Presse erscheinen, fast regelmäßig das Pech, daß sie auch nach der Krisis noch Kandidaten bleiben. Sogar der Sommernachtstraum eines „entschieden liberalen Ministeriums" ist aufgeflattert, in welchem natürlich Herrn Bassermann eine hervorragende Rolle zugesichert ist und für dessen Zusammensetzung das französische Kabinet Waldeck-Rousseau mit seinen beiden Sozialdemokraten als vorbildlich gelten dürfte.

So unausbleiblich wie die Umbildung oder Erneuerung des preußischen Staatsministeriums nach ihren eigenen Zukunftsträumen erscheint der liberalen Presse die Auflösung des Abgeordnetenhauses, falls das „ostelbische Agrarierthum" sich weigert, den „Lieblingswunsch" des Kaisers zu erfüllen und den Mittellandkanal zu verwerfen, dieses „große Kulturwerk", das nach der „Voss. Ztg." „getragen wird von der Ueberzeugung aller arbeitenden Kreise". In der Hoffnung, daß sich die angebliche Aeußerung Miquel's, die Ablehnung der Kanalvorlage werde die Auflösung des Abgeordnetenhauses herbeiführen, verwirklichen werde, culminiren augenblicklich die Wünsche aller derjenigen Elemente, auf deren zuverlässige Mitwirkung eine stetige gesunde Regierungspolitik im Reiche und in Preußen noch niemals hat rechnen können, die vielmehr von jeher allen Regierungsaktionen von staatserhaltender, nationaler Bedeutung grundsätzlichen Widerstand entgegengestellt haben. Freisinnige und auch zum Theil nationalliberale Blätter suchen den Ministern mit einer rührenden Unverdrossenheit darzuthun, daß es ein ganz selbstverständlicher Grundsatz der Regierungsweisheit sein müsse, die Ablehnung des Mittellandkanals mit einem Appell an die Wähler zu beantworten; man könne sich ja gar nicht vorstellen, daß die Regierung eine derartige Niederlage ruhig hinnehme. Das versichern die Organe derselben Parteien, die zu der fast demonstrativ schroffen Verwerfung des Gesetzentwurfs zum verstärkten Schutze der Arbeitswilligen beigetragen und der Regierung als ebenso selbstverständlich zugemuthet haben, daß sie in diesem Falle ihre Niederlage ruhig hinnehme. Hier forderte man sogar, daß die Regierung die Konsequenz ziehe, die Vorlage zurückzuziehen, während dort die Auflösung unumgänglich sein soll. Und doch handelt es sich bei dem Streikgesetz um eine große politische Aktion, um eine Lebensfrage der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, deren Lösung von allerhöchster Stelle als eine „unabweisliche Pflicht der Staatsgewalt" bezeichnet worden ist; die Kanalfrage dagegen ist eine reine Wirthschaftsfrage, bei deren Entscheidung, wie ursprünglich offiziös versichert wurde, es weder Sieger noch Besiegte geben solle und die nur mit künstlichen Mitteln und lediglich zum Vortheile Derjenigen, die dabei im Trüben fischen wollen, zu einer politischen Streitfrage zugespitzt werden kann. Für Diejenigen freilich, die unter allen Umständen der Regierung die Auflösungspolitik für die Durchbringung des Kanalgesetzes empfehlen, fällt nur der Unterschied in's Gewicht, daß die Opposition gegen den Mittellandkanal aus den bewährten, zuverlässigen Lägern einer entschieden staatserhaltenden, nationalen Politik besteht, die Opposition gegen das Streikgesetz aber in der Hauptsache aus den Parteien, für die nicht sachliche Erwägungen und vor Allem die Rücksicht auf das allgemeine Staatswohl maßgebend sind, sondern die Fraktions- und Interessenpolitik treiben und wesentlich durch agitatorische Bedürfnisse bestimmt werden. Der Hauptgegner des Streikgesetzentwurfs ist die Sozialdemokratie, die man schonen zu müssen glaubt, weil man sich vor ihrer Rache fürchtet, oder die man, um die eigenen demagogischen Instinkte befriedigen zu können, frei entwickeln lassen muß. Welch' fröhlichere, einträglichere Hetze könnte es wohl für die in ihrer ganzen Grundstimmung demokratisch gerichtete Reichstagsmehrheit, die der eiserne Kanzler mehr als einmal als reichsfeindlich und antinational gebrandmarkt hat, geben, als mit der von der Regierung gegebenen Parole und unter der Leitung der Regierung in den Wahlkampf gegen die staatserhaltenden Kräfte zu ziehen, die vornehmlich in der gegenwärtigen Opposition des preußischen Abgeordnetenhauses vertreten sind und den Kern der Miquel'schen Sammelpolitik verkörpern! Eine solche Wahlkampagne könnte ja endlich einmal die längst heiß ersehnte, köstliche Frucht zeitigen, daß zum ersten Male etliche Sozialdemokraten in das preußische Abgeordnetenhaus einziehen und noch dazu als Regierungskandidaten! Das wäre ja gewissermaßen auch ein bescheidener Beitrag zur Regierungsfähigkeit der internationalen revolutionären Sozialdemokratie!

Dergleichen Perspektiven können einem so klugen und weitausschauenden Staatsmann wie Herrn v. Miquel, der über den impulsiven Bedürfnissen und Wünschen des Augenblicks doch niemals den Zusammenhang mit den Interessen der Gesammtpolitik verlieren wird, gewiß nicht entgehen, und man darf wohl annehmen, daß das ausgesprochene Wohlwollen des Radikalismus für die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses an maßgebender Stelle bei der Entscheidung der Frage, ob eventuell an den Willen der preußischen Wählerschaft appellirt werden soll, mitsprechen wird. Die Auflösung im Falle der Ablehnung der Kanalvorlage wäre der völlige Bankerott der Berliner Regierungspolitik, die dann die Reichstagsopposition die preußische Landtagsopposition und umgekehrt bekämpfen lassen würde. Ein Krieg Aller gegen Alle! Besser ließen sich die Sammelparole und die Einheitlichkeit der Regierungspolitik im Reiche und in Preußen gewiß nicht illustriren, als daß die Regierung im Landtage Diejenigen bekämpft, die ihr im Reichstage zur Seite stehen, daß diejenigen Parteigruppen ihre Freunde oder ihre Feinde sind, je nachdem sie im Parlament in der Prinz Albrechtstraße oder am Königsplatze sitzen! Und die Gegner der Kanalvorlage würden die Autorität des Trägers der Krone mit demselben Rechte für das Streikgesetz ausspielen können, mit welchem sie von den Gegnern der Zuchthausvorlage als Mittel zum Kampf für den Mittellandkanal beansprucht werden kann.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 4. Juli.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus nahm das Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit und die landesrechtlichen Vorschriften über die Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher endgiltig an, erledigte eine Reihe von Petitionen und vertagte sich dann auf unbestimmte Zeit. Wie der Präsident mittheilte, findet die nächste Sitzung nicht vor dem 14. August statt. — Das Herrenhaus erledigte heute zunächst einige Rechnungssachen, wobei Graf Mirbach sein lebhaftes Bedauern über den Kursdruck der preußischen Konsols in Folge der Emission der sächsischen Anleihe aussprach und den Finanzminister um Maßregeln ersuchte, um eine solche Beeinflussung der preußischen Staatspapiere durch einen anderen Bundesstaat in Zukunft zu verhüten. Finanzminister v. Miquel konnte nicht anerkennen, daß die sächsische Anleihe diesen großen Einfluß auf die preußischen Papiere ausgeübt habe, führte vielmehr den Kursrückgang auf die starke Inanspruchnahme des Kapitals durch Handel und Gewerbe zurück. Uebrigens handle es sich nur um einen vorübergehenden Zustand und die Inhaber von Konsols, die ihre Papiere nicht verkaufen müßten, sondern behalten könnten, würden wieder auf bessere Zeiten rechnen können. Graf Mirbach wies noch darauf hin, daß man in anderen Ländern über solche vorübergehende Schwierigkeiten durch Lombardirung seiner Papiere zu niedrigem Diskontsatz leicht hinwegkommen könne, daß aber der hohe Diskont der Reichsbank ein solches bei uns verbiete. Die Vorlage betreffend die Bewilligung von 5 Mill. Mk. zum Bau von Arbeiter- 2c. Wohnungen wurde angenommen. Bezüglich des Gesetzentwurfs betreffend Schutzmaßregeln im Quellgebiet der linksseitigen schlesischen Oderzuflüsse hielt das Herrenhaus seinen ursprünglichen Beschluß, wonach zu den Kosten die Gemeinden ein Drittel, der Staat zwei Drittel tragen soll, aufrecht, während das Abgeordnetenhaus beschlossen hatte, daß je ein Drittel der Kosten entfallen soll auf Staat, Gemeinde und Provinz. Die Vorlage muß in Folge dessen an das Abgeordnetenhaus zurückgehen. Morgen: Charfreitags-Vorlage, Antrag des Grafen Mirbach betreffend Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses.

Berlin. Der Bundesrath stimmte heute zu: der Vorlage betreffend Verlängerung des Abkommens zwischen dem Norddeutschen Bund und der Schweiz wegen gegenseitiger Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Aktiengesellschaften vom 13. Mai 1869, dem Ausschußantrage betreffend Aenderungen des Mühlenregulativs und den Ausführungsbestimmungen zu Ziffer 1 und 3 des Zolltarifgesetzes, ferner dem Ausschußbericht über die Vorlage betreffend Aenderungen der Vorschriften über die Ursprungsnachweise der ausmeistbegünstigten Ländern eingehenden Waaren und über die Vorlage betreffend Ausnahmen vom Verbote der Sonntagsarbeit im Gewerbebetrieb, sowie den Ausschußberichten über die Vorlagen betreffend Abänderung der Bestimmungen über die Beseitigung von Ansteckungsstoffen bei Viehbeförderung auf Eisenbahnen, Abänderung der Betriebsordnung für die Hauptteisenbahnen Deutschlands und Abänderung der Anlage B zur Verkehrsordnung für die Eisenbahnen in Deutschland. — Im Anschluß an die bezüglichen Ausführungen der „Dresdn. Nachr." schreibt die „Dtsch. Tagesztg.": Wir sind der festen Ueberzeugung, daß die Wiedereinführung der Prügelstrafe nur eine Frage der Zeit ist. Die Verrohung der Jugend hat namentlich auch in Folge der sozialdemokratischen Verhetzung einen solchen Umfang angenommen, daß nur scharfe, wirklich abschreckend wirkende Strafen gegen Rohheitsverbrecher noch Wirkung auszuüben vermögen. Wie die Stimmung im Lande ist, darüber kann kein Zweifel herrschen; deshalb werden auch die Wähler auf die Reichstagsabgeordneten im Sinne der Wiedereinführung der Prügelstrafe einwirken, wobei es zunächst gleichgiltig sein dürfte, ob man sie als selbstständige Strafe oder als strafschärfendes Mittel bezeichnet.

Berlin. Vom Bundesrath ist die Einsetzung einer Reichskommission zur Beaufsichtigung der mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen beschlossen worden. — Von unterrichteter Seite wird mitgetheilt, daß die von verschiedenen Blättern gebrachte Nachricht, wonach Verhandlungen zwischen China und Japan über ein zu schließendes Bündniß geschwebt hätten und im letzten Augenblick abgebrochen worden seien, vollständig erfunden ist; es kann daher ebenso wenig von einem Mißerfolge Japans die Rede sein, als von einem Einfluß, den Deutschland, Rußland, England und Frankreich angeblich auf den Gang der Verhandlungen ausgeübt haben.

Kaiserslautern. Bürgermeister Heinrich in St. Ingbert ist in Folge Vergiftung durch Genuß von Wurst gestorben. Die Frau und ein Sohn des Bürgermeisters sind schwer erkrankt, jedoch außer Lebensgefahr. Im Ganzen sind 19 Familien von über 70 Köpfen als in Folge Wurstvergiftung erkrankt polizeilich angemeldet.

Pest. Das Abgeordnetenhaus nahm die Banken- und Valuta-Vorlage mit großer Mehrheit an.

Madrid. Aus Barcelona wird berichtet: Mit dem Einbruch der Nacht fuhren gestern Abend einzelne Gruppen fort, Steine gegen die Kaufläden zu schleudern. Zwei Geistliche wurden verhöhnt. Gendarmerie stellte jedoch die Ordnung wieder her. — In Alicante bewarf eine Volksmenge die Läden, deren Schließung verweigert wurde, mit Steinen und steckte ein städtisches Steuerhaus in Brand. In Valencia wurden die Ansammlungen der Menge durch Kavallerie zerstreut. Die Nacht verlief ruhig. — In Saragossa herrscht große Erregung, die den Ausbruch von Unruhen befürchten läßt.

Brüssel. Die Mitglieder der Rechten der Kammer beschlossen heute einstimmig, dem Antrag der Regierung zuzustimmen, welcher dahin geht, alle früheren wie die neuen Wahlgesetzvorlagen einer Kommission von 21 Mitgliedern, welche aus allen Parteien gewählt werden sollen, zu überweisen. Die Mitglieder der Linken stimmten dem Antrag zu unter gewissen Vorbehalten, namentlich hinsichtlich des Zeitraumes, welcher der Kommission zur Berathung der Vorlagen gelassen werden soll.

* **Brüssel.** Kammer. Der Ministerpräses erklärte, die Regierung sei bereit, neue Vorschläge betreffs der Wahlreform entgegenzunehmen und dieselben einer aus Mitgliedern aller Parteien bestehenden Kommission zu unterbreiten. Die Regierung sei auch bereit, zu der gewünschten Verständigung zu gelangen. Vandervelde erklärte, die beiden Gruppen der Linken der Kammer seien bereit, sich dem Vorschlage der Regierung anzuschließen.

Lüttich. Bei der heutigen Eröffnungssitzung des Provinzialrathes ereignete sich folgender Zwischenfall. Als nach seiner Rede der Gouverneur ausrief: „Es lebe der König!" erhoben sich die Deputirten der Linken und riefen: „Es lebe das allgemeine Stimmrecht! Nieder mit der Pfaffenmütze!" Einige riefen: „Es lebe die Republik!" Ein fortschrittlicher Provinzialrath erklärte, daß er angesichts der Haltung des Königs davon absehen müsse, in die Hochrufe zu Ehren der Monarchie einzustimmen. Der Deputirte Burh rieth an, die Gendarmerie in Lüttich nicht einzuberufen, weil, wie er sagte, die Sozialistenführer die Wuth des Volkes gegen diese nicht zu hemmen vermochten. Diese Worte erregten auf den Bänken der Rechten lärmenden Widerspruch. Die Sitzung wurde unter allgemeiner großer Erregung aufgehoben.

London. Wie „Reuter's Bureau" aus Brisbane meldet, kündigte der Premierminister von Queensland an, er beabsichtige, beim Parlamente die Bewilligung von 1000 Pfd. Sterl. für eine geplante Südpolar-Expedition nachzusuchen. — In Bender-Buschehr am persischen Meerbusen ist die Pest erloschen. Es wurden Vorkehrungen zur Verhinderung eines neuen Ausbruchs derselben getroffen.

Odessa. Bei Sprengung eines Kohlenschachtes im Kohlenbergwerk Krinyj-Rog ist durch Unvorsichtigkeit eines Bergmanns eine Dynamitpatrone zu früh explodirt. 44 Bergleute sind todt und 24 schwer verwundet.

Kairo. Nachdem die Derwische unter Führung des Khalifen die englisch-egyptische Linie wieder stark beunruhigten, wird demnächst ein Korps, bestehend aus 6000 Egyptern und 1500 Engländern, gegen die Derwische vorgehen.

Friedrich & Glöckner streichf. Oelfarben, Lacke Firnisse als Spezialität. Detailverkauf: Dresden-A., -Neust., -Friedrichst., Plauen u. Löbtau